

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 25 (2000)
Heft: 1

Rubrik: Jahresbericht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



der Radgenossenschaft 1999

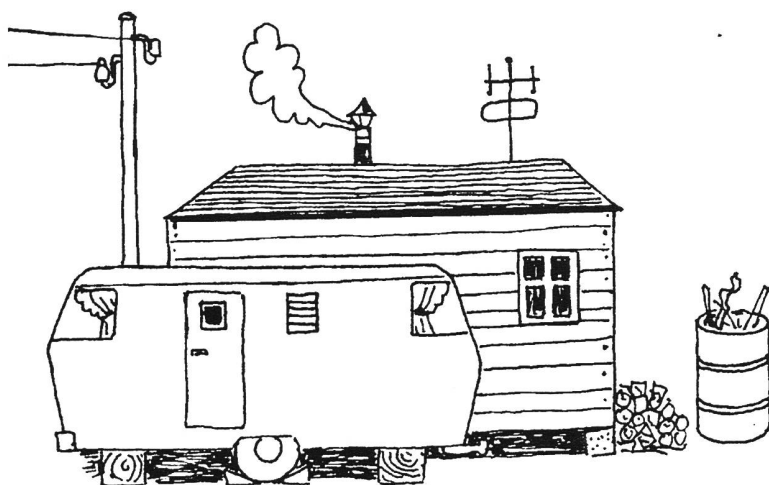
Robert Huber, Präsident, zieht Bilanz.

Das Raumplanungsbüro Eigenmann, Rey & Rietmann bekam von der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende», mit Unterstützung der Radgenossenschaft, den Auftrag, unter Berücksichtigung der schweizerischen Raumplanung die Möglichkeiten zur Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen abzuklären. Im Vordergrund stehen die Rechte und Pflichten der Gemeinden und Kantone. Nach jahrelangem hin- und herschieben der Verantwortung zwischen Gemeinden und Kantonen erwarten wir uns sehr viel von diesen Abklärungen, sollen sie doch endlich klar die gesetzlichen Grundla-

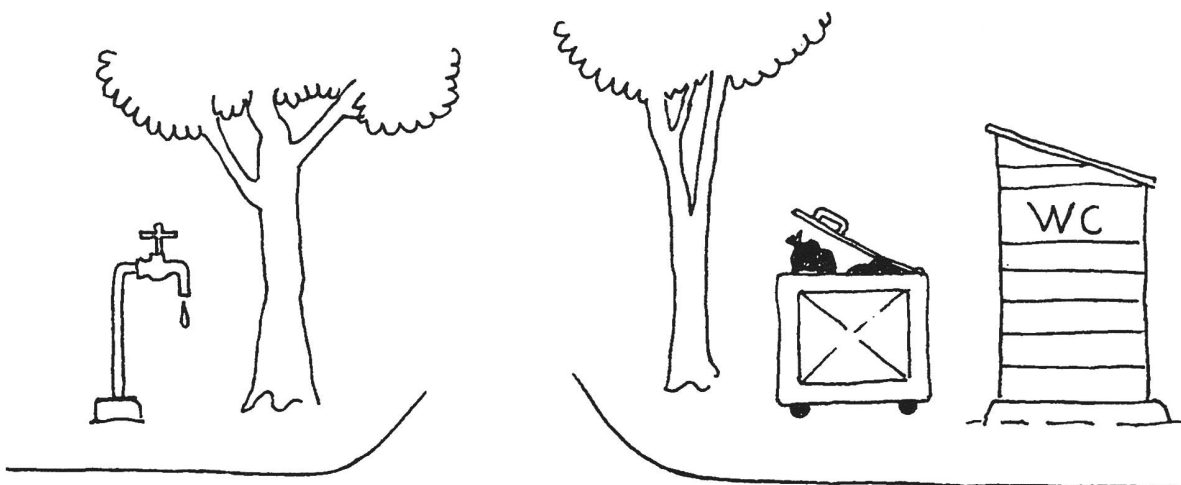
gen und die daraus resultierenden Möglichkeiten aufzeigen. Ende Jahr liegen die Resultate auf dem Tisch, die uns als Instrument zur Durchsetzung von Stand- und Durchgangsplätzen in allen Kantonen dienen sollen.

1. Stand- und Durchgangsplätze

Die Radgenossenschaft hat dieses Jahr 93 Gemeinden entlang der Hauptverkehrsachsen angeschrieben mit der dringenden Bitte, sich um die Schaffung von Lebensraum für Schweizer Fahrende einzusetzen. 45 Gemeinden blieben uns bis heute eine Antwort schuldig, sechs haben Gesprächsbereitschaft signalisiert, die übrigen schickten uns, meist mit der Begründung «Platzmangel» oder «Zonenunverträglichkeit», eine Absage. Wir werden den Raumplanungsbericht abwarten, um mit konkreten Forderungen auf die Absagen reagieren zu können.



Jahresbericht



Auf individuelle «Kantonsschelte» verzichten wir dieses Jahr, zum einen, da sich an der Situation vom letzten Jahr nur wenig verändert hat, zum anderen, da mit den Ergebnissen der Raumplanungsstudie neue Wege beschritten werden können, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Die Standplätze Buech Bern, Biel, Zürich Leutschenbach, Winterthur, Kloten, Cazis und Chur funktionieren ohne nennenswerte Probleme. An dieser Stelle möchten wir den zuständigen Gemeinden, die die Plätze verwalten, unseren Dank aussprechen.

Der Kanton Jura hat uns nach intensiven Gesprächen definitiv zugesichert, im Frühjahr 2000 einen Platz in Delémont zu eröffnen, was uns ausserordentlich freut.

Auch die Gemeinde Belp, Kanton Bern, hat in Zusammenarbeit mit der Radgenossenschaft für drei Familien einen neuen Standort gefunden, da das Areal, das den Familien bisher als Standplatz diente, verkauft wurde. Solche Erfolge freuen uns immer wieder.

Hingegen müssen für die Plätze Freiburg und Genf Lösungen gefunden werden, da

die Plätze überfüllt sind und die Lebensqualität für die Fahrenden miserabel ist.

Vermehrt treten Schwierigkeiten von Seiten der Gemeinden auf für Fahrende, die einen privaten Platz realisieren wollen. Auch hier hoffen wir, dass der Raumplanungsbericht klare Verhältnisse schaffen wird. Vorläufig bitten wir all jene, die den Wunsch hegen, ein eigenes Stück Land zu kaufen, sich vor dem Kauf mit der Radgenossenschaft und der Stiftung in Verbindung zu setzen.

2. Patente

Das Vernehmlassungsverfahren für ein neues Reisendengewerbegesetz wurde von den Kantonen und interessierten Kreisen, also auch von der Radgenossenschaft und der Stiftung, abgeschlossen.

Es zeichnet sich eine klare Vereinheitlichung auf Bundesebene ab, was die Radgenossenschaft sehr begrüsst. So wird man künftig ein Patent lösen können, das für alle Kantone Gültigkeit hat. Hingegen hat sich eine Mehrheit der Vernehmlasser für eine Bewilligungspflicht ausgesprochen. Trotz Intervention der Radgenossenschaft wird also weiterhin das Leumundszeugnis vorge-

Jahresbericht

legt werden müssen. Ob die flexible Gestaltung der Mindestaltersgrenze von 18 Jahren für Kinder von Fahrenden eingeführt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar. Bis zum Frühjahr 2000 wird das Volksdepartement zuhanden des Parlaments eine Gesetzesvorlage ausarbeiten.

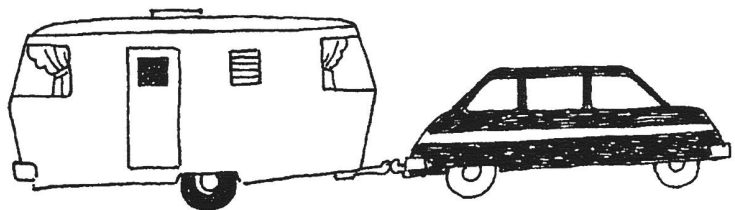
3. Schule

Im Jahre 1999 wurde die Radgenossenschaft oft um Hilfe gebeten, scheinbar unüberwindbare Differenzen zwischen Eltern jenuischer Kinder und deren Lehrerschaft zu bereinigen. Im persönlichen Gespräch zeichnet sich immer wieder ab, dass LehrerInnen und Schulbehörden von der Kultur der Jenuischen und der speziellen Sorge um ihre Kinder, die historische Wurzeln hat, nur wenig Ahnung haben. Hier hilft manchmal das klärende Gespräch weiter. Wo wir aber nur auf Sturheit, Vorurteile und Gleichmacherei stossen, ist es sehr schwer, im Sinne des Kindes eine gute Lösung zu finden. Was die Erteilung von Schuldissen betrifft, zeigen sich die zuständigen Stellen meist offen und tolerant. An dieser Stelle muss aber klar festgehalten werden, dass die Erteilung einer Schuldissens die Verpflichtung beinhaltet, mit der Familie auf der Reise zu sein. Sind die Kinder den Sommer über stationär auf einem Platz, besteht die Schulpflicht. Eltern, die sich dieser widersetzen, handeln sich gehörige Probleme mit den Schulbehörden ein und bringen unsere jahrelange Arbeit, nämlich die unbürokratische Erteilung der Schuldissen, in Gefahr.

4. Rechts- und Sozialhilfe

Auch das Jahr 1999 brachte keine Entschärfung der Situation von Jenuischen, die am

Rande der Existenz kämpfen. Es gingen etwa gleich viele Hilfsgesuche bei uns ein wie letztes Jahr. Oft wäre es hilfreich, bei der Komplexität der Fälle juristischen Rat beanspruchen zu können. Die knappen Mittel der Radgenossenschaft - die Subventionen wurden uns für das Jahr 1999 gekürzt - liessen das aber nicht zu.



5. Ausländische Fahrende

Die Problematik der ausländischen Fahrenden in der Schweiz besteht noch immer und führt bei der sesshaften Bevölkerung zu generellem Unmut gegen das fahrende Gewerbe. Die Stiftung wurde zwar zusammen mit der Radgenossenschaft aktiv und ist mit klaren Forderungen an das VBS herangetreten. Der Bund hat dann auch diesen Sommer halbherzig an der Errichtung von temporären Auffangplätzen für ausländische Fahrende herumstudiert, bis es aber zur konkreten Umsetzung kommen konnte, hatten die grossen ausländischen Konvois unser Land bereits wieder verlassen.

Solange der Bund die Brisanz des Problems nicht erkennt und endlich handelt, wird sich an der unhaltbaren Situation nichts ändern.

6. Fonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa

Aufgrund monatelanger zermürender Auseinandersetzungen mit der Fondsleitung und dem Fondssekretariat, des mangelnden In-

formationsflusses und der Geringschätzung gegenüber Robert Hubers Person, seiner geleisteten Arbeit und seines Engagements ist er am 9. Juni 1999 aus dem Beirat zurückgetreten.

Da die Fondsleitung daraufhin nichts unternahm, um eine Nachfolge einzusetzen, blieben die Anträge der Opfer nach dem Rücktritt monatelang liegen. Daher hat sich die Radgenossenschaft entschlossen, im Sinne der betroffenen Opfer die Auszahlung der bereits bewilligten Gesuche vorzunehmen.

Diese Auszahlungen sind nun zu einem guten Ende gekommen, und die Opfer, die mehr als ein Jahr auf ihr Geld gewartet haben, sind dankbar dafür, dass die Radgenossenschaft trotz des Rücktritts diese Zahlungen im Sinne einer humanitären Geste getätigt hat.

7. Wissenschaftliche Studie

Dem Vernehmen nach ist eine Nationalfondsstudie in Vorbereitung zum Thema «Fahrende». Die betroffenen Kreise stehen diesem Projekt vorerst eher skeptisch gegenüber, da sich einmal mehr wissenschaftliche Kreise unserer Minderheit als «Studienobjekt» bedienen, ohne uns Jenischen wirklich miteinzubeziehen.

Falls sich herausstellen sollte, dass es sich bei dem Projekt um ein ehrliches Bemühen um Zusammenarbeit und Kooperation mit den betroffenen Kreisen handelt, wird auch die Radgenossenschaft Hand bieten, um eine sinnvolle Studie realisieren zu können.

8. Scharotl

Die Zeitschrift Scharotl hat im Jahre 1999 23 Prozent an zahlenden AbonnentInnen

dazugewonnen. Dies ist ein schöner Beweis dafür, dass unsere Arbeit und die Probleme der fahrenden Bevölkerung auf reges Interesse stossen und die Gestaltung unserer Zeitschrift gefällt.

Ein besonders reges Echo fand die Ausgabe 399, in der fotografische Porträts von Schweizer Jenischen, Arbeiten des Fotografen Urs Walder, zu sehen waren. Wir wurden mit Nachbestellungen eingedeckt, so dass diese Ausgabe beinahe vergriffen ist.

9. Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende»

Die Zusammenarbeit mit der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» hat 1999 erfreulich gute Formen angenommen. So unterstützte sie die Radgenossenschaft tatkräftig in der Patentfrage, der Problematik ausländischer Fahrender in der Schweiz, sie setzte sich bei Problemen einzelner Familien auf politischer Ebene für sie ein und ist eine wichtige Partnerin bei der Arbeit mit dem Raumplanungsbüro. Nach einer gewissen Anlaufzeit hat sich ein Vertrauensverhältnis herauskristallisiert, das die optimale Grundlage für eine fruchtbare Arbeit schafft.

Da uns das Bundesamt für Kultur für das Jahr 1999 die Subventionen kürzte, was unseren Spielraum einschränkte, erklärte sich die Stiftung bereit, für die Jahre 1999 und 2000 unsere Subventionen an das Zigeuner-Kultur-Zentrum zu übernehmen.

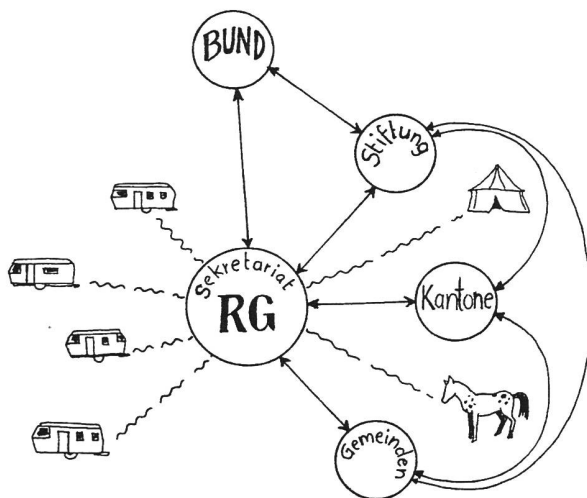
Für die gute Zusammenarbeit möchten wir speziell dem Geschäftsführer und dem Präsidenten der Stiftung, den Herren Dr. U. Glaus und Regierungsrat W. Niederer, unseren Dank aussprechen und hoffen, dass wir mit der selben Energie zusammen weiterfahren können.

Jahresbericht

10. Sekretariat

Die Konstanz des Sekretariats wirkte sich 1999 auf den reibungslosen Ablauf des Betriebs optimal aus. Die gute Kommunikation zwischen den Mitarbeiterinnen Frau Lötscher-Winkler und Frau Brunner, aber auch zwischen dem Sekretariat und der Geschäftsleitung, beeinflusste äusserst positiv die effiziente, speditive Erledigung aller anfallenden Arbeiten. Der erhöhte Arbeitsanfall führte aber dazu, dass die Sekretariats-Stellenprozente um zehn Prozent angehoben werden mussten.

Im Sommer 1999 zog die Radgenossenschaft in schönere, günstigere Büros um. Auch hier zeigte sich die gute Zusammenarbeit der beiden Mitarbeiterinnen, die den gesamten Umzug in kürzester Zeit organisierten.



11. Öffentlichkeitsarbeit

Nach wie vor wird nach Möglichkeit auf alle Anfragen von JournalistInnen, Fernsehen, AutorInnen, Schulen, StudentInnen und weiteren interessierten Kreisen eingegangen. Der offene Informationsaustausch dient in nicht unbeträchtlichem Masse dem Abbau von Vorurteilen. Allerdings waren wir im Jahre 1999 gezwungen, für eintägige

Besuche bei grösseren Gruppen einen Teil der anfallenden Kosten den Organisationen, wenn möglich, zu verrechnen. Für Besuche an Schulen sind neu zwei Verwaltungsräte zuständig. Diese Vorgehensweise hat sich als sehr positiv herausgestellt, da sich diese beiden zuständigen Personen in die spezifischen Fragestellungen von SchülerInnen und Lehrerschaft einarbeiten konnten.

12. Archiv

Die Radgenossenschaft hat 1999 bei der Pro Patria um einen Beitrag für die Errichtung eines Archivs für kulturhistorisch bedeutsame Dokumente ersucht. Es wurde in verdankenswerter Weise ein einmaliger Betrag von Fr. 50'000.-- gesprochen. An der nächsten Generalversammlung 2000 wird die Trägerschaft konstituiert; diese wird aus Fahrenden bestehen, da ein solches Archiv, das Zeugnis ablegen wird von der Geschichte der Jenischen, in den Händen der Betroffenen sein soll.

13. Zusammenfassung

Die gute Zusammenarbeit mit den bestehenden Organisationen im Jahre 1999 hat uns viel Auftrieb gegeben. Es ist zu spüren, dass wir mit Problemen, wo wir als Radgenossenschaft anstehen, nicht alleine sind. Auf verschiedenen Ebenen sind Menschen anzutreffen, die dafür einstehen, die Lebenssituation der fahrenden Minderheit in diesem Lande zu verbessern. Diese positiven Erfahrungen geben uns die Zuversicht, auch mittels einer Politik der kleinen Schritte unserem Ziel ein klein wenig näher zu kommen. Zürich, Ende November 1999

RADGENOSSENSCHAFT DER
LANDSTRASSE, der Präsident
Robert Huber

Robert Huber